

Informationen des Stadtverbandes

7-8/2019

So sieht's aus (2019)

Die Rahmenbedingungen zu Beginn dieses Schuljahres zeigen, wie unterschiedlich angespannt die Situation in den Schulen in Bremen bzw. Bremerhaven ist. In beiden Städten ist die Zahl der unbesetzten Stellen fast gleich: In der Seestadt sind es 40,3 in Bremen 41. Nimmt man die Gesamtsumme der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen als Bezugsgröße (Bremen: 5.228, Bremerhaven: 1.196), so wird das Ausmaß beim Lehrer*innenmangel deutlich. In Bremerhaven beträgt der Versorgungsgrad 96,6 %, in Bremen: 99,2 %. Versprochen sind im Koalitionsvertrag, wenn auch „sukzessive“, 105 %! Umgerechnet sind das weitere 60 Stellen, die fehlen. Diese Differenz zeigt auf, dass die Anstrengungen an der Universität Bremen und im Rahmen der KMK deutlich verstärkt werden müssen, um mehr Personen für den Beruf einer Lehrer*in zu gewinnen und grundständig auszubilden.

Im Rahmen einer gemeinsamen Versammlung von Betriebsgruppensprecher*innen und Schulleitungen wurden die konkreten Auswirkungen dieser Situation erörtert. Folgende verallgemeinerbare Tendenzen sind hervorzuheben:

1. **Es gibt keine Reserven.** Es ist eine Illusion zu glauben, dass dieses Schuljahr gemäß den Vorgaben (Stundentafel, Ganztagsbetreuung) wird ablaufen können. Schon bei einem Versorgungsgrad von 100 % dürfte niemand ausfallen, denn diese 100 % beziehen sich auf eine Zuweisungsrichtlinie, welche die Leistungen der Schulen definiert. Davon sind wir schon zu Beginn des Schuljahres 3,4 % entfernt. Nur: Ein Schuljahr ohne Ausfälle gibt es nicht, und zwar nirgends.
2. **Die Fachlichkeit des Unterrichts ist bedroht.** In unterschiedlichen Schulen gibt es unterschiedliche Fächer, die fachfremd unterrichtet werden. Neben dem seit Jahren festzustellenden hochgradigen Mangel an sonderpädagogischer Kompetenz arbeiten in der Stadt Schulen ohne Lehrkräfte für Naturwissenschaften oder Kunst. Auch sind die Kapazitäten in Kernfächern (Mathematik, Englisch) mancherorts so gering, dass es zu zeitweisen Kürzungen der Unterrichtsstunden kommt. Ähnliches gilt für den Sport.
In Berufsschulen existieren Probleme mit der Lehrerversorgung in bestimmten Berufsfeldern. Dies

wird Konsequenzen für die Berufsausbildung haben: Fehlende Fachlichkeit an Berufsschulen führt zu einem Rückgang an Ausbildungsplätzen. Der Fachkräftemangel im Handwerk ist bereits jetzt markant.

Probleme in der Fachlichkeit beginnen in der Primarstufe. Wir fragen uns, wann endlich eine Kommission eingesetzt wird, die sich Gedanken über eine Attraktivitätssteigerung der Fächer macht.

3. **Der Mangel wird verkleistert.** Die Kolleg*innen aus den Schulen berichten von einer ganzen Serie von Maßnahmen, mit denen versucht wird, „Schule“ zu gewährleisten. Auflösung von Doppelbesetzungen, zusätzliche Vertretungstunden und parallele Betreuung zweier Klassen sind mittlerweile etablierte Mittel. Ggf. werde Klassen auch aufgeteilt. Die inklusive Oberschule wurde auf der Grundlage von Klassenstärken mit 22 Schüler*innen eingerichtet. Bei Aufteilungen befinden sich z.T. über 30 Jugendliche in der Lerngruppe. Nur: Diese Maßnahmen gehen zu Lasten der Kolleg*innen und der Qualität des Unterrichts, und zwar soweit, dass gesetzliche Regelungen umgangen werden. Beamte können, so will es die Dienstordnung, zu zusätzlichen Arbeiten herangezogen werden. Dies ist allerdings an eine „Not“-Situation gebunden. Einen „Dauernotfall“ gibt es aber in diesem Regelwerk nicht, auch wenn er praktiziert wird. Die damit versteckte Arbeitserhöhung werden wir in aller Entschiedenheit bekämpfen. Tatsächlich helfen würde eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung. Bei dem derzeitigen Fachkräftemangel bedeutet dies Verhandlungen über Arbeitszeiten und Arbeitsaufgaben. Dazu fordern wir die Senatorin für Kinder und Bildung auf.
4. **Es trifft die Schwächsten.** Die Stadt Bremerhaven muss weiterhin ein hohes Interesse daran haben, qualifiziertes Personal für die verschiedenen Professionen einzuwerben und zu halten. Hohe Aufmerksamkeit gebührt deshalb weiterhin der Referendarsausbildung. Es ist ein Verstoß gegen geltende Verordnungen, wenn Mentor*innen die ihnen zustehende Zeit für die Referendarsbetreuung nicht erhalten und Ausbildungsunterricht nicht stattfindet. Es ist nicht im Sinne der Ausbil-

Informationen des Stadtverbandes

7-8/2019

dung, wenn Referendar*innen zusätzliche Stunden auf Honorarbasis unterrichten, weil Schulen Lehrkräfte fehlen. Es ist unmöglich und dem Standort Bremerhaven abträglich, wenn mit Verweis auf benotete Gutachten Auszubildende zu Mehrarbeit gedrängt werden. Dies gilt im Übrigen auch für Kolleg*innen in der Probezeit. Vom Arbeitgeber ist sicherzustellen, dass die Regeln eingehalten werden.

5. **Die Schule ist mehr als Unterricht.** Es besteht keine Kontroverse dahingehend, dass Schule sich entwickelt hat und weiter entwickeln muss. Dazu gehört die Zusammenarbeit verschiedener Professionen. Aber: Auch für den „Personalmix“ benötigt man Personal. Schulsozialarbeit, Ganztagsbetreuung und gezielte Förderung gehören in eine zeitgemäße Schule. Die Mängelliste gerade in diesem Bereich ist lang, Fachpersonal schwer zu bekommen. Es zeigt sich, dass fehlende Lehrkräfte dabei nur einen Aspekt ausmachen. Gerade in Bezug auf Förderung und Unterstützungsmaßnahmen der Schulen benötigen wir mehr Kapazität. Unter den aktuellen Bedingungen jedenfalls bleibt der flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen unerreichbar. Die Bedeutung der Schulleitung wird u.a. im Koalitionsvertrag hervorgehoben. Ist dem so, dann müssen Leitungs- und Funktionsstellen zügig besetzt werden.

6. **Die Qualität muss gestärkt werden.** Wenn inklusive Förderkonzepte mangels Personal aufgelöst werden, ist das ein Signal. Wenn der Schul- und Kulturdezernent nun zusätzlich für Jugend und Familie zuständig ist, ein weiteres. Wenn mittlerweile knapp ein Drittel der als Lehrkräfte Arbeitenden aus anderen Berufen kommt, ein drittes.

Was sagt uns das, zusammenfassend?

Die neuen Koalitionsverträge für das Bundesland und die Stadtgemeinde behandeln „Bildung“ an prominenter Stelle. Allerdings stehen alle Ideen und Abmachungen unter dem Finanzierungsvorbehalt. Bei der Landesregierung werden die Haushaltsberatungen für die Jahre 2020/21 zeigen, wie Bildung beim Setzen von Prioritäten tatsächlich abschneidet. Die Koalition in der Stadt will einen besseren Finanzausgleich mit Bremen erwirken. Vorsichtig gesagt ist die politische Lage eher unbestimmt und offen, sie ist geprägt durch Absichtserklärungen. Im Bildungsbereich dagegen herrscht Klarheit! Die Personalsituation bleibt dramatisch, auch im Vergleich zu den vergangenen Jahren. Ein Institut für Qualitätsentwicklung wird wenig Fortschritt bringen, wenn die drastische Unterfinanzierung der Bildung nicht endlich aufgelöst wird. Mehr denn je benötigen wir bessere Arbeitsbedingungen, ein Personalentwicklungskonzept, eine Offensive zur Ausbildung pädagogischer Berufe und eine tragfähige finanzielle Absicherung des gesamten Bereichs.

Schon ´mal vormerken:

**Do., 19. September, 10 - 16.00 Uhr,
Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus**

Neueinsteiger*innen-Seminar „Neu im Schuldienst der Stadt Bremerhaven“

**Do., 24. Oktober, 15.30 Uhr,
Marktplatz Bremen**

„Zukunft Bildung Jetzt“ - Zukunftskommission des Bremerhavener Bündnisses für Bildung

**Di., 29. Oktober, 16.00 Uhr
Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus**

Veranstaltung „Schulneubauten – teurer Finanzierungstau“
mit Frau Prof. Mechthild Schrooten